

## Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt zur Hartz-Kommission: Viele Vorschläge noch sehr unpräzise

Am 27.08.2002 fand ein Gespräch von Mitgliedern des Bundesvorstandes des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und des Fachausschusses Arbeitslosigkeit der EKD mit Peter Gasse - IGM-Vorstand NRW - in Düsseldorf statt. Themen waren die Ergebnisse der sog. "Hartz-Kommission".

Im Anschluss an die Diskussion verabschiedeten die Anwesenden folgende Stellungnahme:

Jeder Vorschlag, der hilft, Arbeit zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu reduzieren, sollte allen politisch und wirtschaftlich Handelnden willkommen sein. Sowohl eine pauschale Ablehnung, als auch eine unkritische Übernahme der gemachten Vorschläge ist nicht hilfreich.

Generell positiv schätzen wir ein:

- Das Thema Arbeitslosigkeit gerät wieder in die öffentliche Diskussion, und zwar als ein gesellschaftliches Problem, individuelle Schuldzuweisungen fehlen
- Die Verstärkung der individuellen Beratung und Vermittlung arbeitsloser Menschen, sowie die Bündelung aller arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen in den sog. job-centren
- Die Beibehaltung der öffentlichen geförderten Beschäftigung insbesondere in den neuen Bundesländern als ein unverzichtbares arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium

Viele der "Hartz-Vorschläge" sind noch sehr unpräzise. Von entscheidender Bedeutung wird die Umsetzung in entsprechende Gesetze, Durchführungsverordnungen, sowie die Auswirkungen für bestimmte Personengruppen sein. Daher kann im folgenden nur auf mögliche Probleme, Tendenzen hingewiesen werden, die bei der Realisierung eintreten können und von daher kritisch zu begleiten sind:

- Individuelle Sanktionsmöglichkeiten und Leistungskürzungen waren auch in der Vergangenheit möglich und haben zu keinem Plus an Arbeitsplätzen geführt
- Fordern und Fördern ist als Leitprinzip nur dann sinnvoll, wenn auch eine wirkliche Hilfestellung gegeben ist. D. h. es müssen ausreichende, existenzsichernde Arbeitsplätze für alle Arbeitswilligen vorhanden sein. Die Hartz-Module sehen als konkrete Aussagen aber nur Sanktionsvorschläge für Arbeitslose vor, es fehlen Forderungen an die Arbeitgeberseite zur Schaffung von Arbeitsplätzen über den appellativen Charakter hinaus.
- Die enge Verzahnung von Beratungs- und Bewilligungstätigkeit in einer Trägerschaft kann problematisch werden (hoher Grad der individuellen Abhängigkeit von der Beratungs- = Bewilligungsstelle)
- Unter welchen tariflichen Konditionen sollen die Personalserviceagenturen (PSA) Arbeitslose beschäftigen, wie kann verhindert werden, dass hierdurch reguläre, tarifliche entlohnte Arbeit verdrängt wird? "Der Abbau tariflicher Beschäftigung durch den Einsatz von PSA muss jedoch verhindert werden" (Aktuelle Anforderungen an Arbeitsmarktintegration und Existenzsicherung - Eckpunkte des Diakonischen Werkes der EKD, August 2002)
- Wie kann durch eine "Ich-AG" Schwarzarbeit abgebaut, und auch hier eine Aushöhlung tariflich entlohnter Arbeit verhindert werden?
- Wie wird der Gefahr des "Mitnahmeeffektes" der Arbeitgeberseite durch die finanziellen Fördermöglichkeiten begegnet?

Nach: Stellungnahme von Mitgliedern des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt vom 27. August 2002.

